

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Druckerei entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Zeitungspreise für Anzeigen sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. — Anzeigen für den 21. April 1926: 1. Spalte 20 Pf., 2. Spalte 15 Pf., 3. Spalte 10 Pf., 4. Spalte 5 Pf. — Anzeigen für den 22. April 1926: 1. Spalte 20 Pf., 2. Spalte 15 Pf., 3. Spalte 10 Pf., 4. Spalte 5 Pf.

Telegraphische: Auerer Tageblatt. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000 Auer. Leipzig Nr. 1926

Nr. 91

Dienstag, den 20. April 1926

21. Jahrgang

### Ministerreden.

#### Stresemann über deutsch-russische Vertragsverhandlungen. Dr. Curtius über deutsche Innenpolitik.

**Stuttgart, 17. April.** Auf einer von der Deutschen Volkspartei abgehaltenen Jahrestagung sprach der Reichsaussenminister Dr. Stresemann über außenpolitische Fragen und bezugnehmend auf die Frage der deutsch-russischen Verhandlungen führte er u. a. folgendes aus: Es ist für mich sehr schwer, über Vertragsverhandlungen zu sprechen, die noch in der Schwebe sind, über einen Vertrag, der weder parafiert noch abgeschlossen ist. Der Vorwurf, daß die deutsche Regierung über diese Vertragsverhandlungen die ausländische Presse zuerst informiert hätte, ist völlig abwegig. Eine solche Information ist selbstverständlich nicht erfolgt, wohl aber eine Information derjenigen Mächte, die mit uns den Brest-Litovsk-Vertrag abgeschlossen haben. Wir hielten es für richtig, diejenigen, mit denen wir über alle außenpolitischen Fragen und bezugnehmend auf die Frage der deutsch-russischen Verhandlungen auf dem laufenden zu halten ein System, dessen Gegenseitigkeit sich durchaus empfehlen würde. Wer die Vertragsverhandlungen mit Rußland als eine Abkehr von der Locarno-Politik ansieht, verkennt den Grundgedanken dieser Politik. Wenn die russische Psychologie lange Zeit darauf eingestellt war, in den Verträgen von Locarno eine Art Atombomben zu sehen, dann darf ich darauf hinweisen, daß die Auffassung bei der Aussprache in Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde ebenso zurückgewiesen worden ist wie von unserer Seite. Wenn Deutschland mit Rußland Vertragsverhandlungen führt, die für beide Mächte darauf hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen und im übrigen in wirtschaftlichen, freundschaftlichen und beiden Seiten vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihren Verhältnissen zu Rußland zugrunde gelegt haben. Unsere ganze Politik muß darauf eingestellt sein, unter Anerkennung deutscher Gleichberechtigung eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen und auf der Grundlage des Friedens Deutschlands Fortentwicklung zu sichern.

**Mannheim, 17. April.** Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hielt auf dem Landesparteiabend der Deutschen Volkspartei eine Rede, in der er nach einem Rückblick auf die auswärtige Politik des Reichskabinetts über die Innenpolitik u. a. ausführte: Leider wird die

Innenpolitik im kräftigen Vordrücktreden auf dem als richtig erkannten Weg immer wieder durch neue Hindernisse gehemmt. So droht eine neue Krise durch das Volksbegehren der Aufwertungsgläubiger, Kriegsbeschädigten, Mietervereinigungen usw. herbeizubringen. Das angekündigte Volksbegehren einer Hypothekenaufwertung auf 50 v. H. würde den Hypotheken- und langfristigen Kreditmarkt, der sich gerade etwas erholt, völlig vernichten. Die schon stark belastete Landwirtschaft würde hoffnungslos verschulden. Die Hausbesitzer würden die immer noch rückständigen Wiederinstandsetzungsarbeiten an den gerade von der ärmeren Bevölkerung benötigten Häusern nicht durchführen können. Die Aufwertung der Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen und der Friedensbanknoten auf 50 Prozent würde den öffentlichen Kredit ruinieren. Schon die Zulassung dieser Volksbegehren würde unermesslichen wirtschaftlichen und staatlichen Schaden anrichten. Die Volksbegehren sind aber durchaus gegen den Geist der Verfassung. Die Reichsregierung werde sich deshalb mit allen Mitteln und ihrer ganzen Autorität gegen diese Volksbegehren stellen. In der Erörterung über die Behebung der Wirtschaft beschäftigte sich der Minister auch mit den von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen. Er hob hervor, daß die Regierung durch ihre Steuererleichterungen und der Bereitstellung der gerade noch vertretbaren Mittel der Wirtschaft über den toten Punkt hinweggeholfen wolle. Die Vorwürfe, daß hierbei nur an die Industrie gedacht werde, seien völlig unbegründet. Auch für die Landwirtschaft sei in weitgehendem Maße Hilfe bereitgestellt. Die Maßnahmen des Wirtschaftsministers auf dem Gebiet der Zins- und Kreditpolitik dienen in erster Linie dem Zweck einer Erleichterung der Lage der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang legte der Minister an Hand der geschichtlichen Entwicklung dar, daß die für Deutschland einzig mögliche Lösung darin bestehe, sowohl den Binnenmarkt zu heben wie den Export zu fördern. Gegen einen Systemwechsel unserer Zoll- und Handelspolitik, deren Grundlage erst im Sommer des vergangenen Jahres nach langen schweren Kämpfen festgelegt worden sei, müsse er sich allerdings wenden. Wir müßten so rasch wie möglich die noch ausstehenden meist bereits eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen abschließen und alsdann an die Schaffung eines endgültigen Zolltarifes herangehen.

#### Dr. Luther, Dr. Kütz und Dr. Reinhold in München.

**München, 17. April.** Gelegentlich des Besuchs des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Reichsministern Dr. Kütz und Dr. Reinhold wurden heute nachmittag, wie angekündigt, in einer mehrstündigen Aussprache mit der bairischen Staatsregierung wichtige politische Tagesfragen erörtert. Dabei wurden auch, wie amtlich mitgeteilt wird, die Probleme, die sich aus dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten ergeben, vor allem nach der grundsätzlichen Seite hin, besprochen. Die Erörterung praktischer Fragen wird sich anschließen. Während der Besprechungen, die im Ministerium des Innern stattfinden und gegen 8 Uhr abends beendet waren, versuchten etwa acht Kommunisten Einlaß in das Ministerium zu erhalten, um zu dem Reichsminister des Innern zu gelangen. Sie wurden durch die Polizei am Betreten des Hauses verhindert.

Bei dem Empfange im Ministerpräsidentenpalais zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Luther und der Reichsminister Dr. Kütz und Dr. Reinhold begrüßte Ministerpräsident Dr. Heiß die zahlreich erschienenen Gäste auf das herzlichste. Er führte u. a. aus: Es ist uns immer wertvoll, wenn wir Gelegenheit bekommen, mit unserer Reichsregierung und mit den Herren aus Berlin gerade auf dem Münchener Boden zu verkehren. Wir legen, wie die Herren alle wissen, das größte Gewicht darauf, so sehr wir als Deutsche fühlen und im Deutschen Reich gemeinsam zusammenarbeiten wollen, doch als Bayern im Deutschen Reich auch anerkannt zu werden.

und uns auf einer Reihe von Gebieten des Staatlebens, insbesondere aber des Kulturlebens unsere Eigenart auch im großen deutschen Vaterlande zu wahren. Eine Blüte dieser Eigenart ist stets die bairische Wissenschaft, die bairische Kunst, wenn ich zusammenfassen darf — die bairische Kultur — gewesen. Ich habe geglaubt, die Tatsache einer „bairischen Kultur“, die uns ein besonderes Anrecht auf unsere Wünsche und unsere Bitten gibt, die wir dem Reich gegenüber auszusprechen haben, heute abend dadurch am besten zur Geltung bringen zu können, daß ich insbesondere die Herren der Wissenschaft, die Herren der Kunst, mit einem Worte gesagt, die Träger der bairischen Kultur zu mir gebeten habe, um Ihnen Gelegenheit zu geben, mit den Herren der Reichsregierung auch ihrerseits eine Aussprache zu pflegen. Ich habe dabei die Ueberzeugung, daß der Herr Reichskanzler seinerseits ganz gewiß anerkennen werde, daß diese Blüte bairischer Wissenschaft und bairischer Kunst, dieses Kulturtrugertum unserer eigenen Kultur ein Recht darauf hat, sich im deutschen Vaterland von sich aus zur Geltung zu bringen. Ich bin aber weiter der Ueberzeugung, daß diese Aussprache auch zum Wohle der Gestaltung der ganzen deutschen Innenpolitik, in besonderer Berücksichtigung auch der Wünsche, die von Bayern von jeher geltend gemacht wurden, sich entsalten kann.

Sofort nach der Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten ergriff

**Reichskanzler Dr. Luther** das Wort. Er dankte zunächst dem bairischen Ministerpräsidenten auch im Namen der Reichsminister Dr. Kütz und Dr. Reinhold für die freundlichen Worte der Begrüßung und führte dann weiter aus: Ich freue mich aufrichtig, daß mir Gelegenheit geboten ist, in diesem Kreise von Vertretern der bairischen Kultur einige Worte sprechen zu dürfen. freilich verbindet sich damit, wie ich die Herren vorstellen können, für einen Mann, der im praktischen politischen Leben steht, eine gewisse Scheu über Fragen der Kultur zu Persönlichkeiten zu sprechen, die von allen diesen Dingen mehr verstehen als er. Aber es ist ja das Schicksal der leitenden Persönlichkeiten des Staatlebens, immer die Zusammenhänge suchen zu müssen zwischen dem, was das Volk bewegt, und den Formen, in denen die praktische politische Arbeit vollzogen werden soll. Ich möchte mit einem Wort beginnen aus einer politischen Urkunde, deren Urheberin die bairische Regierung ist. In dieser Urkunde steht zu lesen, daß das Herz Deutschlands im Süden und der Kopf Deutschlands im Norden sei. Der Herr bairische Ministerpräsident wird mir gestatten, daß ich diese Bemerkung für eine Uebertreibung halten möchte, dennoch glaube ich, daß in der Bemerkung etwas Wahres enthalten ist. So sehr aus unserem Gedankenschatz, ja aus unserem Sprach-

**Erst Dienstag Urteil im Asmus-Prozess.** Wie B.Z. meldet, erfolgt die Verkündung des Urteils im Asmus-Prozess erst am Dienstag nachm. 3 Uhr.

#### Diplomatischer Schritt Amerikas in der Abrüstungsfrage.

**London, 19. April.** Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Mail“ schreibt, in der letzten Woche hatten einige Regierungen wegen der Absage Rußlands einen Ausweg erdacht, wonach die Kommission am 18. Mai zusammentreten aber nach einem Meinungsaustausch beschließen sollte, die Ausarbeitung eines detaillierten Programms an den ständigen beratenden Abrüstungsausschuß des Völkerbundes zu verweisen, zu dem Vertreter der amerikanischen und der deutschen Regierung eingeladen werden sollten. Das Weiße Haus und das amerikanische Staatsdepartement sehen aber darin einen neuen Versuch, die Stellung Amerikas zum Völkerbund zu gefährden durch Hineinziehung amerikanischer Vertreter in ständige Organe des Bundes. Wahrscheinlich erblinden Coolidge und Kellogg einen neuen Plan zur Umgehung des Abrüstungsproblems. Infolgedessen wurden die britische, die französische und andere Regierungen vermutlich auch Genf auf dem normalen diplomatischen Wege davon verständigt, daß die amerikanische Regierung einem solchen Verfahren nicht zustimmen könne und daß diese Anregung Ueberraschung und Mißvergnügen in Washington hervorgerufen habe.

#### Das Fürstenkompromiß verfassungsändernd.

**Berlin, 19. April.** Wie die Berliner Montagspost zuverlässig erfahren haben will, soll das morgen dem Rechtsausschuß des Reichstages von der Reichsregierung vorgelegte Gutachten zu dem Kompromiß über die Fürstenabfindung dahin lauten, daß es sich dabei um eine Verfassungsänderung handelt, so daß das Kompromiß Rechtsgültigkeit nur erhalte, wenn seine Annahme mit

**Zweidrittelmehrheit** erfolgte. Die Regierung stütze, dem genannten Blatt zufolge, ihre Auffassung darauf, daß nach der Reichsverfassung eine Entgegnung nur zum Wohl der Allgemeinheit zulässig sei und sie verneine das Vorliegen dieser Voraussetzung im Falle der Fürstenabfindung.

#### Kein italienisch-griechischer Pakt gegen die Türkei.

**Angora, 19. April.** Die italienische Botschaft demontiert die Nachricht der Westminister Gazette über einen gegen die Türkei gerichteten Pakt zwischen Italien und Griechenland.

#### Die Türkei rüstet.

**London, 18. April.** Nach einer Agenturmeldung aus Konstantinopel sind alle Reservetruppen von 1920 bis 1925 und alle Klassen von 1926 einberufen worden. In politischen Kreisen herrsche Besorgnis über den neuen Pakt zwischen Italien und Griechenland, der vom italienischen Botschafter demontiert wurde. Die türkischen Blätter erklärten, die Regierung von Angora verfolge die Ereignisse aufmerksam und werde die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, so wie es die Lage erfordere.

#### Mussolinis Rückkehr.

**Caeta, 17. April.** Das Panzerschiff „Cabour“ mit Mussolini an Bord ist heute vormittag auf der hiesigen Reede vor Anker gegangen. Mussolini wurde auf seiner Fahrt von Caeta nach Rom allenthalben begeistert begrüßt. Auf dem Bahnhof in Rom waren die Minister und die Spitzen der Behörden bei seiner Ankunft versammelt. Die Menge bereitete ihm auch hier stürmische Kundgebungen.

#### Fortsetzung der Mussulverhandlungen.

**Angora, 18. April.** Der englische Botschafter Curzon kam gestern hier an, um die Verhandlungen über Mussul fortzusetzen. Er hatte mit Außenminister Tawfik Rüşdi Bey eine lange Unterredung.

Wiras harmlos  
rt mit der gan-  
che Stimmung  
chmerzlich, sein  
ihm jeder Del-  
denn ein neuer  
gawider. Das  
lets verdrossen,  
tenhaft in ihre  
er Unbild der  
nebeneinander  
Nach nie hatte  
hatte er mit  
Walter Sittling  
folglich ver-  
bereren weiße  
Icke standhelt.  
ort ergingent?  
em Verehrer?  
ein, das wollte  
nd geschmeidig  
dieser Privat-  
er's von den  
er als ver-  
cht ober äbel  
n sein Haus  
ing erkundigt,  
ar sicher kein  
sein ständig  
lichem Leben  
n. Man sah  
nicht Kauf-  
Schaffertischen  
achte Scha-  
pruch.“ Und  
e entbieten.  
lich, daß Sie  
ube bereiten,  
n. Ich hoffe,  
e Verlobung  
de zitterten.  
Wiras über-  
sherrn wei-  
alter Sittling  
abe das mit  
n die Falle  
verblüfften  
ch sei. Und  
Lippen ihn  
er vielleicht  
aufgeprun-  
schaf-  
schneidender-  
Blas in der  
sind so gut  
e er. „Ein  
schmit beide  
ber!“  
ter. Wira  
u grobartig  
Tafelrunde  
witterte ein  
n gestrigen